

tik, der Atomaufrüstung unterworfen und fest an sie gebunden werden. Diese Entwicklung führte zur Annahme des „Grundsatzprogrammes“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Godesberger Parteitag im November 1959, in dem die rechten SPD-Führer das klerikal-militaristische Regime grundsätzlich bejahten und ein Bekenntnis zur „Landesverteidigung“ ablegten. Dem folgte die offene Unterstützung der Außenpolitik der Adenauer-Regierung am 30. Juni 1960 und die Zustimmung zur allgemeinen Wehrpflicht sowie die faktische Anerkennung der Atomaufrüstung der westdeutschen Armee durch den SPD-Parteitag in Hannover im November 1960. Der offene Übergang der rechten SPD-Führer auf die Position des deutschen Militarismus verschärft unweigerlich die Krise der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, denn er ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Mit den Beschlüssen von Godesberg und dem Übergang auf die Position des deutschen Imperialismus hat die sozialdemokratische Führung den Verrat vom 4. August 1914 noch übertroffen, indem sie diesen Verrat obendrein noch programmatisch begründete. Damit haben die rechten sozialdemokratischen Führer sich nicht nur endgültig vom Marxismus und den sozialistischen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie losgesagt, sondern auch die besten humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte preisgegeben. Diese Politik der rechten SPD-Führung hat keine Perspektive. Sie steht in einem tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz zu dem Willen der Arbeiterklasse, auch der sozialdemokratischen Arbeiter selbst, und der breiten Volksmassen, die für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand eintreten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der der Sozialismus sowohl in der Welt als auch in Deutschland seine Überlegenheit über den Kapitalismus erweist, das imperialistische Kolonialsystem unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung völlig zusammenbricht und das kapitalistische Weltsystem sich immer mehr zersetzt, werden sich auch in Westdeutschland die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung unaufhaltsam durchsetzen. Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Auseinandersetzung zwischen den zwei gesellschaftlichen Systemen in Deutschland führen gesetzmäßig zur äußersten Verschärfung der antagonistischen Klassenwidersprüche und damit auch des Klassenkampfes in Westdeutschland.

Der Ausweg für die Arbeiterklasse und alle am Frieden interessierten Kräfte in Westdeutschland besteht darin, den Militarismus zu bändigen und eine Wende zugunsten des Friedens und der nationalen Verständigung zu erzwingen. Die entscheidende Voraussetzung dafür ist die Schaffung der Ak-